

## **GVN warnt vor Pleitewelle und fordert Senkung der Energiesteuer – „Was Corona nicht geschafft hat, könnten die Spritpreise schaffen“**

**Hannover (10. März 2022).** Viele Branchen in Deutschland sind betroffen von Sorgen über Öl- und Gaspreise. Der Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen (GVN) e.V. warnt vor Insolvenzen.

Wegen der steigenden Öl- und Dieselpreise schlägt der GVN Alarm: „Es droht eine Insolvenzwelle nicht nur im deutschen Transportlogistikgewerbe, sondern auch im Busmittelstand und bei Taxi- und Mietwagenunternehmen. Was Corona nicht geschafft hat, könnten die Spritpreise schaffen“, warnt Mathias Krage, Präsident des GVN. „Wegen der stark steigenden Preise für Diesel ist die finanzielle Belastungsgrenze vieler Verkehrsunternehmen überschritten. Wir sind sehr enttäuscht, dass bislang keinerlei Signale seitens der Politik kommen“, so Krage.

Krage mahnt, dass die deutschen Logistikunternehmen neben den explodierenden Dieselpreisen auch mit viel niedrigeren Personalkosten im Wettbewerb stehen. „Wir konkurrieren nicht nur mit osteuropäischen Unternehmen, die in ihren Heimatländern viel billiger tanken können, sondern auch mit Mindestlöhnen von knapp über 2 Euro“, so Krage weiter.

„Spätestens seit Corona weiß jeder: Das gesamte Verkehrsgewerbe ist systemrelevant und Grundvoraussetzung für eine funktionierende Volkswirtschaft. Sei es im ÖPNV oder im Schülerverkehr durch Busse, bei Krankenfahrten durch unsere Taxi- und Mietwagenunternehmen oder bei der Versorgungssicherheit der Bevölkerung durch die Logistik. Die Funktionsfähigkeit unseres Landes wird von der Industrie, dem Handel bis hin zum Verbraucher durch das Verkehrsgewerbe garantiert. Um diese Mobilität auch in Zukunft sicherstellen zu können, braucht die Verkehrswirtschaft die dringende politische Unterstützung beim Gewerbediesel und beim Gewerbe-LNG. Zum Vergleich: der heutige Dieselpreis in Polen liegt bei 1,17 Euro“, so der GVN-Hauptgeschäftsführer, Benjamin Sokolovic.

Zur Abmilderung des hohen Ölpreises und der daraus folgenden hohen Dieselpreise für die Transportunternehmen fordert GVN-Präsident Krage eine schnellstmögliche Entlastung bei der Mineralölsteuer und damit einen günstigeren Gewerbediesel.

Der GVN hat sich in einem Brandbrief direkt an Ministerpräsident Stephan Weil für die SPD, Herrn Dr. Bernd Althusmann für die CDU, Herrn Stefan Birkner für die FDP und Frau Julia Willie Hamburg für Bündnis 90/Die Grünen gewandt, mit der Bitte, sich in Berlin um schnellstmögliche Hilfe bei der Reduzierung der Mineralölsteuer einzusetzen.

**Der GVN vertritt als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband rund 3.000 private niedersächsische Unternehmen aus den Bereichen Güterkraftverkehr, Entsorgung, Spedition, Logistik, Möbelspedition, Omnibus und Touristik sowie Taxi, Mietwagen und Krankentransporte mit mehr als 50.000 Beschäftigten.**

### **Medienkontakt des GVN:**

**Michael Pross** · Telefon 0511 9626-203 · Telefax 0511 9626-213 · E-Mail: [presse@gvn.de](mailto:presse@gvn.de)

Im Internet finden Sie die Medieninfos unter [www.gvn.de](http://www.gvn.de)